

Pressemitteilung

zur Studie der Bertelsmann-Stiftung „Zukunftsfähige Krankenhausversorgung“

Piepenburg: „Ein theoretisches Planspiel, das die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen behindert“

Ihre Ansprechpartnerin:
Annette Baumer
Referentin für
Presse und Politik
Telefon 0711 25777-45
Telefax 0711 25777-99
baumer@bwkg.de

Stuttgart, 15.07.2019

„Die Bertelsmann-Studie fordert letztlich eine Zerschlagung der bisherigen Versorgungsstrukturen und schürt damit Ängste in der Bevölkerung. Dabei stehen zweifelhafte Annahmen im Vordergrund und nicht die tatsächliche Versorgungsrealität. Die notwendige Anpassung der Versorgungsstrukturen wird dadurch behindert“, kritisiert der Vorstandsvorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG), Detlef Piepenburg. Die Studie sehe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser als Verfügungsmasse, die wie Spielfiguren beliebig versetzt werden könnten. Sie blende die Bedürfnisse der Menschen in den Städten und den ländlichen Regionen aus und ignoriere schlicht die Realität der Versorgung. „Das ist bestenfalls ein theoretisches Planspiel ohne Bezug zur Versorgungswirklichkeit“, ergänzt Piepenburg.

„Die Tatsache, dass es Konzentrationen im Kliniksektor braucht und auch gibt ist alles andere als neu. Der Strukturwandel in der baden-württembergischen Krankenhauslandschaft ist seit vielen Jahren voll im Gange“, unterstreicht der Vorstandsvorsitzende, der gleichzeitig Landrat des Kreises Heilbronn ist. Baden-Württemberg habe in Deutschland schon jetzt die geringste Bettendichte je 100.000 Einwohner und die Diskussionen um weitere Optimierungen der Versorgungsstruktur würden an vielen Stellen im Land in großer Verantwortung der Akteure geführt. Aktuell beispielsweise im Ortenaukreis, im Zollernalbkreis, in Künzelsau, in Lörrach und in Bad Säckingen. „Wichtig ist dabei, dass in einer älter werdenden Gesellschaft die flächendeckende Versorgung gewährleistet bleibt und die Menschen mitgenommen werden“, so Piepenburg.

„Wer schon mal ein Krankenhaus geschlossen hat, weiß, was das für die Bevölkerung bedeutet“, so Piepenburg weiter. Da gehe es darum, die Versorgung der Menschen, ihr Sicherheitsgefühl und viele Emotionen ernst zu nehmen und nach tragfähigen, qualitätsorientierten Lösungen zu suchen.

Die Annahmen, die der Bertelsmann-Studie zu Grunde liegen, seien allerdings zweifelhaft. So sei die Behauptung, dass die Versorgung immer besser werde, je größer ein Krankenhaus ist, nicht richtig.

Unrealistisch sei es auch anzunehmen, dass sich die Pflegekräfte und Ärzte einfach beliebig versetzen ließen. Ganz ausgeblendet werde, dass der ambulante Sektor gar nicht in der Ausprägung vorhanden ist, was Voraussetzung für einen solchen Wandel wäre. „Ein großer Mangel der Studie ist, dass das Thema der Kosten einer derartigen Umstellung schlicht ausblendet wird. Diese könnten sich bundesweit leicht auf 100 Mrd. Euro summieren“, betont der Vorstandsvorsitzende.

„Wichtig ist es, zu einer sachlichen Diskussion des Strukturwandels zurückzukehren“, so Piepenburg. Hierzu könnte die Studie einen Beitrag leisten, wenn Sie vollständig wahrgenommen würde. So heißt es auf S. 84:

„Allerdings sprechen die o. a. betriebswirtschaftlichen Erwägungen nicht nur dafür, Mindestgrößen von Krankenhausstandorten im Planungsprozess zu berücksichtigen, sondern auch dafür, keine Maximierung von Krankenhausgrößen anzustreben (negative Skaleneffekte). Sofern ein entsprechend breites und spezialisiertes Angebot qualitativ hochwertig auch mit geringeren Krankenhausgrößen sichergestellt werden kann, legen ökonomische, stadtplanerische und sicherheitspolitische Argumente (Stichworte: Redundanz und Ausfallsicherheit, z. B. wenn Abteilungen aufgrund von Keimbesiedlung oder Stromausfall temporär geschlossen werden müssen) nahe, die Versorgung optimal zu dezentralisieren und deren Kapazitäten auf mehrere Standorte in räumlicher Nähe aufzuteilen. Auch kartellrechtliche Gründe und ein ggf. erwünschter Wettbewerb zwischen Krankenhäusern innerhalb eines regionalen Marktes sprechen für eine solche Dezentralisierung.“

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V. (BWKG) ist ein Zusammenschluss von 456 Trägern mit 203 Krankenhäusern, 130 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sowie 616 Pflegeeinrichtungen (davon 92 ambulante Pflegedienste und 42 Einrichtungen der Behindertenhilfe), die über insgesamt 116.844 Betten/Plätze sowie ambulante Behandlungskapazitäten verfügen. Die Einrichtungen beschäftigen mehr als 190.000 Mitarbeiter. Die BWKG wurde 1953 von den vier regionalen Krankenhausverbänden und –arbeitsgemeinschaften gegründet, die es damals auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg gab. Sie steht Einrichtungen unabhängig von deren Rechtsform und Trägerstruktur offen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.